

LESERANZEIGEN

Einzelpreis 20 P oder 40 Groszy

DANZIGER

Volkstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus 6 / Postbeamt. Danzig 2945 / Fernbüreaustraße bis 6 Uhr abds. unter Sammelnummer 215 51.
Von 6 Uhr abends: Schriftleitung 243 96 / Anzeigenannahme Exped. u. Druckerei 242 97 / Besondere Anzeigen 243 97 / 8.00 G wöchentlich, 0.70 G, in Deutschland 2.50 Goldmark, durch die Post 3.00 G monatlich, für Sommerreisen 5 Mark / Anzeigen: 0.16 G das Millimeter, Restanzen 0.80 G das Millimeter, in Deutschland 0.16 u. 0.80 Goldmark / Abonnement: u. Interatentraträge in Polen nach dem Do. oder Tageskurs.

23. Jahrgang

Sonabend, den 16. April 1932

Nummer 89

Danzig als S.A.-Zuflucht

Auslandsgerüchte über Hitler-Pläne
Diplomatische Schritte in Genf

Die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt

Unterschlagungen in der Polen-Vertretung

Die Wahrheit über das Verbrecherschiff

Heute: D. V. am Sonntag

Vor diplomatischen Aktionen

Danzig wird Hitler-Zentrale?

Alarm-Meldungen aus Genf — Außenpolitische Verwicklungen, weil Senat nicht S.A. verbietet

Der Pariser „Matin“ meldet aus Genf: „Telegramme, die auf diplomatischem Wege in Genf eingetroffen sind, verzeichnen eine verstärkte Aktivität der Hitlerorganisationen auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig. Zahlreiche nationalsozialistische Führer sind in Danzig eingetroffen und haben alle verfügbaren Räume gemietet. Es erscheint unzweifelhaft, daß die Leitung der Hitlerpartei unter Ausnutzung der besonderen Lage der Stadt Danzig gegenwärtig gewisse Elemente ihres Generalsstabes dorthin überführt. In den Kreisen des Völkerbundsekretariats erwartet man diplomatische Vorstellungen wegen dieser Ereignisse.“

Diese Meldung wird durch eine vom „Petit Journal“ veröffentlichte Nachricht der Südostagentur aus Warschau erweitert. Danach soll

die Leitung der Hitlerpartei in Danzig Maßnahmen getroffen haben, um das Hauptquartier der Hitlerarmee in Danzig unterzubringen.

Die Geheimarchive der deutschen Organisation sollen bereits in Danzig eingegangen sein und mehrere Hitlerführer würden demnächst in der Freien Stadt erwartet. Nach zuverlässigen Informationen gedenke die polnische Regierung bereits am Sonnabend von der deutschen Regierung Beratung über die Haltung zu verlangen, die sie in dieser Angelegenheit einnehmen werde.

Es war anzunehmen, daß sich nach dem Verbot der Privatarmee Hitlers im Reich und der Aufrechterhaltung dieser Or-

ganisationen in Danzig Weiterungen ergeben würden. Aus den Meldungen der französischen Zeitungen kann man bereits jetzt deutlich erkennen, daß die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit sich im starken Maße den Verhältnissen im Freistaat zuwendet. Es ist in diesem Zusammenhang nicht auszuschlagen, ob diese Meldungen in allen ihren Einzelheiten den Tatsachen entsprechen, bedeutungsvoll ist vor allem, daß das politische Interesse der Welt einen Konzentrationspunkt in der Entwicklung der Dinge in Danzig gefunden hat. Wir wissen nicht, ob die Hitlerleute wirklich die Absicht haben, ihren „Stab“ nach Danzig zu verlegen, aber selbst wenn das nur eine Kombination sein sollte, so zeigt sie doch, wie gefährlich in außenpolitischer Hinsicht die Passivität des Senats gegenüber der S.A. ist. Es scheint uns bemerkenswert zu sein, daß man die Vorgänge in Danzig so genau beobachtet, daß man eine tatsächlich nicht wegzuleugnende stärkere Aktivität der hiesigen S.A.-Leute feststellen konnte.

Die Leitung der Danziger S.A. hat anscheinend bereits erkannt, daß die außenpolitischen Verhältnisse dieselben Konsequenzen verlangen, die man im Reich aus dem aufstrebenden Wutisch-Material gezogen hat. In einem „Aufruf“ werden die S.A.-Leute bereits in dem üblichen Nazi-Targon darauf aufmerksam gemacht. „Die Feinde eines deutschen Danzig“, so heißt es in dem Aufruf, „werden versuchen mit dem Verbot der S.A. im Reich, das die Unterschrift des Reichspräsidenten von Hindenburg trägt, das Verbot der S.A. in Danzig zu erreichen.“

Der Senat wird jedoch kaum die Kraft aufbringen, die Aufhebung der S.A. vorzunehmen. Daraus werden, so fürchten wir, außenpolitische Verwicklungen erwachsen, die wir in unserem heutigen Feuilleton näher gekennzeichnet haben.

Braun trifft neue Feststellungen

Hitlers Regalitätschwüre waren unwahr — Die Frage der Arbeitszeitverkürzung

Am Freitagabend sprach der preussische Ministerpräsident Otto Braun in der großen Rheinlandsalle in Köln von 12.000 Männern und Frauen. Eine Halle wurde polizeilich gesperrt, so daß in einem Nebensaal eine Parallelversammlung notwendig wurde, in der weitere 2000 Menschen den Vortrag Otto Brauns hörten.

Die Rede des Ministerpräsidenten war eine gewaltige Abrechnung mit der Skandalpolitik Hugenberg und der Hoch- und Landesverratspolitik Hitlers und der Nationalsozialisten. Mit dem nationalsozialistischen Spuk müsse endlich Schluss gemacht werden, damit wieder härteres Vertrauen der Welt zu Deutschland geschaffen werde.

Es sei merkwürdig, daß jetzt die Reichspresse so scharf gegen das Verbot der S.A. polemisiere, während sie vor einigen Jahren das Verbot des Roten-Frontkämpferbundes begrüßt habe.

Abermals erhob Braun gegen Hitler den Vorwurf des Landesverrats. Wenn Hitler jetzt erkläre, daß er in Lauburg nur habe sagen wollen, daß die Grenzen im Osten nur geschickt werden könnten, wenn das gesamte Volk hinter der

Grenztruppe stehe, so seien das nur Ausflüchte. Es kommt nicht darauf an, was Herr Hitler habe sagen wollen, sondern darauf, was er wirklich gesagt habe und daraus, was bei den Hausjuden gefunden worden sei. Die angeführte Klage Hitlers gegen ihn warte er mit der größten Seelenruhe ab. Bei dem aufstrebenden Material, das wohl zu einem Verfahren vor dem Reichsgericht führen werde, sei der Beweis gefunden worden dafür, daß

Hitler Regalitätschwüre samt und sonders unwahre Befandungen gewesen sind.

In der Frage der Beseitigung der Arbeitslosigkeit sei eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit notwendig, es sei jedenfalls besser, wenn die Arbeiterzeit nur 5 Stunden arbeite, als wenn dauernd Millionen Erwerbslose auf der Straße liegen würden.

Die Rede Brauns wurde von den Zehntausenden mit großem Beifall aufgenommen. Gewaltigen Beifall errang auch der Kölner Landtagsabg. Fries, als er sich gegen die Kommunisten wandte, die in der gegenwärtigen Situation nur die Helfershelfer der Nationalsozialisten seien.

Wie man die S.A. weiterführen wollte

Auffschlußreiches Material in Hessen gefunden — Begleiterscheinungen der Auflösung

Amtlich wird aus Hessen mitgeteilt: Wenn der sächsische Landtagsabgeordnete der NSDAP, Studentowitsch dieser Tage nach dem Verbot der S.A., in einer Leipziger Versammlung mitgeteilt hat, es könne niemand wissen, ob sich die S.A.-Mitglieder nicht in Form irgendeines Regellubs weiter zusammenschließen, so ist in Hessen komplettes Material gefunden worden, aus dem hervorgeht, daß die Fortführung der S.A. und SS. in dieser illegalen Form bereits bis ins kleinste durchorganisiert ist. Der Polizei ist ein großes Paket Geheimmaterial der hiesigen SS-Führer in die Hände gefallen, in dem sich über ganz Hessen verteilt zahlreiche Geheimadressen und Angaben darüber befinden, wie die S.A. in den einzelnen Orten als Sängervereine, Regellubs, Stützclubs oder Bog- und Sportvereine weiterzubehalten gedenkt.

Hitler will wegen Verfassungsverletzung klagen

Hitler hat nach langatägigen Verhandlungen der Nazi-Führerschaft in dem Berliner Lurushotel Kaiserhof einen Rechtsanwalt beauftragt, auf dem Klagewege gegen die Auflösung der S.A. vorzugehen. Angeblich hat Hindenburg mit der Auflösung der S.A. die Verfassung verlegt.

Die Verleumdung völlig entlarvt

Eine französische Erklärung zur Verdächtigung Hitlers
Die offizielle französische Nachrichtenagentur verbreitet zu der Behauptung Hitlers, daß die Auflösung seiner Privatarmee auf eine Forderung des französischen Ministerpräsidenten zurückzuführen sei, folgende Erklärung:
„Nicht nur nicht hat die Reichsregierung im Juli irgendein Versprechen dieser Art der französischen Regierung gegeben,

sondern sie hat sogar eindeutig erklärt, daß sie irgendeine beratende Verpflichtung nicht übernehmen könne. Wir glauben versichert zu können, daß weder im Juli noch später zwischen Frankreich und Deutschland irgendeine Aussprache über die innenpolitische Lage Deutschlands stattgefunden hat, die im geringsten eine Geschichte rechtfertigen könnte, die zum Zweck einer nur zu offensichtlich innerpolitischen nationalsozialistischen Propaganda erfunden ist.“

Aber trotz dieser Entgegnung und der Erklärung der Reichsregierung hat das Grosmanal aus Braunau seine verletzenden Äußerungen bisher nicht zurückgenommen. Das paßt zu diesem Herrn und zu seiner Ritterlichkeit, wie „SA“ sie auffaßt!

Polizeifunktsprüche wurden angenommen

Anherzornend auffschlußreich für die systematische Verleumdung und für die Verleitung zum Verrat von Dienstgeheimnissen hoher und höchster Amtsklassen sowie der Polizei durch SA- und SS-Funktionäre ist ein Dokument, das ebenfalls bei den Aktenrüden eines hohen SS-Führers gefunden wurde. Es ist der Brief des Reichstagsabg. Weibel, Oberführer der Gruppe V, West der SS, in Düsseldorf, in dem dem SS-Führer der Wortlaut wichtiger preussischer Polizeifunktsprüche, die nach einem nur wenigen Perionen bekannten Geheimzettel gefunkt wurden, übertragen, mitgeteilt wird.

Schließlich ist für den Charakter der SS. noch folgendes kennzeichnend. Es wurde eine Reihe von ledernen Aktenordnern bei den höheren Führern beschlagnahmt. Bei diesen Aktenordnern war kaum eine, aus der nicht beim Deffuieren eine scharf geladene Pistole herausfiel.

In der Klemme

Die Auswirkungen des S.A.-Verbots auf Danzig

Zwei, drei Tage haben genügt, um in Deutschland das Wehklagen um das Verbot der S.A. und S.S. verstümmelt zu lassen. Die bürgerlichen Klageweiber, stets bereit, ihre Funktionen aufzunehmen, wenn den lieben Nazis ein blaues Haar an dem teutonischen Köpschen gekrümmt wird, haben überraschend schnell ihre Kränzenbrühen verstopft. Das Verbot von Hitlers Privatarmee ist am Mittwoch veröffentlicht worden. Und heute, am Sonnabend, ist bereits das Gefühl vorhanden, daß die S.A. wer weiß wie lange schon im Grabe liegt.

Wer hätte es in der vergangenen Woche für möglich gehalten, daß die Auflösung der gelben Terror-Banden so wenig Staub aufwirbeln würde? Verbot, Polizeiaktion, aus. Schlag auf Schlag ging das, keine Gegenwehr, kein Helmentampf unter rauschenden Eichen — es war, weiß Gott, kein ehrenvoller Tod. Kein Lied — und kein Heldentum meldet von den Säubern und Zeitonen ähnliche Vorfälle. Die jungen Köpflinge unterscheiden sich demnach doch sehr wesentlich von den alten Germanen. Ein Schlag auf die große Schnauze und sofort ist man ruhig, nimmt seine Standarte unter den Arm und geht friedlich nach Hause. Früher soll das, nach den Geschichtsschreibern, ganz anders gewesen sein.

Die ganze Welt hat sich ob dieser sonderbaren Erscheinung gemündert: Wo bleibt jetzt die „Macht“ Hitlers, wo steht die „junge Front“? Nicht einmal die von einigen bürgerlichen Blättern erwarteten „Zwischenfälle“ sind zu verzeichnen gewesen. In dem Augenblick, in dem die so oft gelästerte Republik ihre Macht offenbart, flüchten die Erneuerer Deutschlands. Es war ein Schauspiel für Götter.

Die Aktion der deutschen Republik gegen ihre Feinde hat für alle, die sehen wollen, eine überraschende Erkenntnis gebracht: Gefahren für die Demokratie bestehen nur dann, wenn die demokratische Staatsgewalt die Geaner frei herumtoben läßt, so daß das Gefühl entstehen kann, die Republik liege in den letzten Zügen. Racht die Regierung der Republik aber zu, dann verflüchtigt sich die Empfindung und kein Mensch glaubt mehr daran, daß die Hakenkreuzler mit ihrem famosen Schlochwort für den Putsch recht hatten: „Großmutter gestorben, Mar.“ Heute erkennt vielmehr jeder: „Großmutter“ ist wohlauf und erfreut sich einer imponierenden Rüstigkeit.

Die Tat der Reichsregierung ist als ein „entscheidender Wendepunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte“ bezeichnet worden. Gerade, wenn man Distanz zu den Dingen hat und von Danzig aus die Vorgänge im Reich betrachtet, wird man dieser Meinung beipflichten müssen. Die Gefahr des Faschismus war tatsächlich für Deutschland akut. Millionen von Wählern haben sich von dem Größenwahn Hitlers betören lassen. Millionen lebten in der Meinung, daß das „Dritte Reich“ gar nicht zu vermeiden sei. Diese Ansicht wurde genährt durch die Aktionen der „braunen Arme“, die sich mit Flugzeugen und Autos, mit Nebelbänern und Maschinen-gewehren als der eigentliche Herr über das Reich aufspielte. Nun ist der Glanz genommen, die NSDAP ist nach einer sehr spät, aber erfolgreich durchgeführten Operation zu einer Partei geworden, die sich von anderen Parteien durch nichts mehr unterscheidet. Der Kampf um die Macht wird fortan von allen Parteien unter den gleichen Voraussetzungen geführt werden müssen. Die Gefahr ist damit zwar nicht beseitigt, aber das militärische Übergewicht der Reaktion über die Linksparteien fehlt.

Während man sich nun in Deutschland der ernstlichen Sorge hingeben muß, wie man die vielen jungen, verheirateten Menschen, die in der S.A. ihre Lebensaufgabe erfüllt glaubten, zu positiven Kräften erzieht, hat man hier in Danzig ganz andere Sorgen. Vor einer Woche noch hat ein Offizier der Danziger Gruppe in voller Uniform Herrn Adolf Hitler bei seiner Zwischenlandung in Danzig ehrerbietig die Hand gedrückt. Der „Völkische Beobachter“ hat darauf, die Sachlage klar erfassend, das Bild von dem Offizier, dem Pa. Hauptmann A e h l e, gebracht und die ironische Frage gestellt: „Was sagt Sebering dazu? Ein legaler Händedruck in Danzig.“ Selbst im Bürgerturn hat es darob böses Blut gegeben, im Zentrum wurden sogar die Federn gewetzt und ein nicht gerade sanfter Kommentar zu dem Bild geliefert. Aber trotzdem ist es dabei geblieben: Was drüben im Reich als illegal behandelt wird, gilt hier noch durchaus als legal. Das nationalsozialistisch „regierte“ Braunschweig hat die S.A. aufgelöst, in unserem Freistaat Danzig mit seinen 400.000 Einwohnern, absolut abhängig von den außenpolitischen Gegebenheiten, besteht sie weiter. Wir sind hier päpstlicher als der Münchener Parteipapst, nationalsozialistischer als eine nationalsozialistische Regierung. Der Senat hat gestern statt des Verbots der S.A. eine Verfügung herausgegeben, die weniger die Nazis trifft als die Arbeiterchaft, die sich bereits zu der traditionellen Feier des 1. Mai rüstete. Die Veranstaltung von Kundgebungen und Versammlungen politischen Charakters unter freiem Himmel ist „bis auf weiteres“ untersagt. Damit dürften kaum die „Rückwirkungen“ der S.A.-Auflösung im Reich auf die Ruhe und Sicherheit in Danzig aufgehoben sein, wohl aber der beantragte Umzug der freien Gewerkschaften an dem Feiertag der Arbeit.

Der Senat hat wahrheitslich die Verpflichtung in sich gefühlt, irgend etwas tun zu müssen. So hat er denn getan, was der S.A. nicht schadet, die Arbeiterchaft und darüber hinaus die gesamte Bevölkerung aber daran einbringlich erinnert, daß wir hier auf dem Kopf gehen, daß alles umgekehrt ausläuft wie drüben im Reich. Wir glauben jedoch, annehmen zu können, daß einigen Senatoren nicht ganz wohl bei dem jetzigen Tun ist. Die „innerliche Verbundenheit mit dem Vaterlande“ dürfte bei dem einen oder anderen Regierungsmitglied doch so scharf ausgeprägt sein, daß selbst das Gewäsch der „Danziger Neuesten Nachrichten“ und der „Allgemeinen“ über das Verbot der S.A. und S.S. im Reich nicht über alle inneren Bedenken hinweghelfen kann.

Was diese beiden Blätter sich in den letzten Tagen wieder geleistet haben, ist einfach märchenhaft. Die „Neuesten“ gab es sich den Anschein, als ob sie einem Ohnmachtsanfall nahe wären. Die liebe S.A. verboten? Unmöglich!

Das Reichsbanner rückt ab

Nach Wegfall der SA. seine Aufgaben eingeschränkt

Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat anlässlich der Auflösung der Privatarmee Hitler an seine Gaudiorfstände im Reich folgendes Rundschreiben gerichtet: „Durch Verordnung des Herrn Reichspräsidenten ist die nationalsozialistische Parteiarmee aufgelöst worden. Damit fällt für das Reichsbanner die Notwendigkeit fort, weiter in dem Bereichsaktivitätszustand zu bleiben, der uns durch die Angriffs- und Verteidigungsvorbereitungen der Nationalsozialisten aufzuerhalten war. Die Bundesleitung ordnet demgemäß an: Im ganzen Reichsbereich sind alle außerordentlichen Schutzmaßnahmen aufzuheben.“

Mit dem Fortfall der unmittelbar drohenden Angriffsgefahr hören die besonderen Funktionen auf, die der Schutz und den Sonderformationen übertragen wurden.

In der Handhabung des Saalschutzes ist, wo es die örtlichen Verhältnisse gestatten, das Hauptgewicht auf die propagandistische Ausgestaltung der Versammlungen zu legen.

Vertrauen schafft Vertrauen! Das Auftreten des Reichsbanners muß wie bisher unmissverständlich im Ausdruck bringen, daß wir uns dem Staatswillen einordnen, die Staatsautorität stärken und stützen. Mehr noch: es kommt darauf an, bis in die Reihen unserer Gegner die Überzeugung zu tragen, daß das Reichsbanner niemals Staat im Staat sein wollte und sein will; daß wir nie daran gedacht haben und nicht daran denken, gegen Recht und Verfassung unsere Ziele mit Gewalt durchzusetzen.

Mit der Wahl des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg ist ein Sieg für Verfassung und Demokratie erstritten, die Gefahr des unmittelbar drohenden Bürgerkrieges von Deutschland genommen.

Unser Kampf um den inneren Frieden Deutschlands ist nicht umsonst gewesen. Die Phrase von der Republik und den Neupublikanern, die sich nicht zu wehren verstehen, ist abgetan. Jetzt das Werk der inneren Befriedung Deutschlands fort, werbt für republikanische Mehrheiten in den Länderparlamenten, die am 24. April neu gewählt werden.

Unsere ganze organisatorische und propagandistische Kraft setzen wir nunmehr ein für die eine große Aufgabe dieser Zeit: Der Reichsregierung und allen, die guten Willens sind, zu helfen, die fürchterliche Wirtschaftskrise zu überwinden. Die angeordneten Maßnahmen sind durchzuführen, ungeachtet des Umstandes, daß die beschlußfassenden Körperschaften des Reichsbanners mit Rücksicht auf die Länderwahlen erst nach dem 24. April zusammentreten können.

Wir werden, getreu unseren Bundeszweckungen, weiterhin unsere Pflicht gegen Volk und Staat erfüllen.“

Herr Röhm zieht Klage zurück

Er erkennt Behauptungen über seine homosexuelle Betätigung an

Ernst Röhm, der Stabschef der aufgelösten Hitlerarmee, hat im Sommer vorigen Jahres gegen die „Münchener Post“ Verleumdungsklage eingereicht wegen der Veröffentlichungen über seine homosexuelle Betätigung. Der Klage wurde jedoch erst nachgehoben nach Abschluß der Untersuchung, die der Staatsanwalt gegen Röhm auf Grund des § 175 eingeleitet hatte. Ohne es auf eine Hauptverhandlung ankommen zu lassen, hat nunmehr Herr Röhm mit schriftlicher Erklärung vom 8. April die Klage zurückgenommen. Der am 15. April ergangene Einstellungsbefehl lautet:

1. Das Verfahren auf Privatklage des Hauptmanns d. Z. Röhm gegen den Schriftleiter Gruber wegen Verleumdung wird eingestellt.

2. Der Privatkläger hat die Kosten des Verfahrens zu tragen und die den Beschuldigten erwachsenden notwendigen Auslagen zu ersetzen, weil der Privatkläger die Klage mit schriftlicher Erklärung zurückgenommen hat.

Damit glaubt Herr Röhm der gerichtlichen Bestätigung seiner homosexuellen Betätigung zu entsagen. Seine Widrigkeit ist durch die Zurückziehung der Klage nun vollkommen. Hitler kann auf seine Getreuen wirklich stolz sein.

Reparations-Förderung ist wichtigste Voraussetzung

Die Finanzhilfe-Beratungen des Völkerbundesrats

Die am Freitag abgehaltenen Verhandlungen des Völkerbundesrats über die Finanzlage der Donauraumstaaten zeigten wiederum eindeutig, daß die Lösung des Reparationsproblems die Voraussetzung für jede wirtschaftliche Besserung darstellt. Besonders Bulgarien und Griechenland erklärten,

daß mit den bisherigen Einzelmaßnahmen ohne eine grundlegende Aenderung nichts mehr erreicht werden könne.

In einer öffentlichen Sitzung behandelte der Rat am Freitag die vorläufige Finanzhilfe für Desterreich, Ungarn, Bulgarien und Griechenland. Den einzelnen Ländern wurden Empfehlungen zur Reorganisation ihrer Wirtschaft erteilt und Kredite in Aussicht gestellt.

Brüning über seine Absichten in Genf

Die Verhandlungen über die Reparationen

Reichskanzler Dr. Brüning hat am Freitagabend nach seiner Ankunft in Genf die deutsche Presse empfangen. Er teilte mit, daß er nicht die Absicht habe, in die öffentliche Debatte der Abrüstungskonferenz einzugreifen. Der Zweck und Zeitpunkt seines Besuchs gelte vielmehr der Beiprägung mit den Staatsmännern über entscheidende Fragen der internationalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, die sich immer mehr miteinander verknüpfen. Für die Entwicklung Deutschlands sei die Wahlentscheidung im Reichspräsidentenwahltag von wichtiger Bedeutung, daß er persönlich sich verpflichtet gefühlt habe, in den Wahlkampf einzugreifen. Nur deshalb sei er nicht früher nach Genf gekommen. Seine Aufenthaltsdauer sei noch unbestimmt, doch werde er solange bleiben, als es die Verhandlungen über Reparationen und Donauwirtschaftsfragen erforderten.

Wie aus London verlautet, soll Macdonald am 20. 4. nach Genf abreisen.

Stimson hofft auf greifbares Ergebnis

Seine Mitwirkung auf der Abrüstungskonferenz

Der amerikanische Staatssekretär Stimson ist in Begleitung des Senators Kellogg am Freitagvormittag in Paris eingetroffen. Auf der Fahrt von Le Havre nach Paris gab Stimson vor Vertretern der Presse folgende Erklärung ab:

„Ich begeben mich nach Genf, um mich mit den Mitgliedern der amerikanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz zu unterhalten und ich hoffe, imstande zu sein, ihre Aufgabe zu erleichtern. Ich gedenke im übrigen einige Maßnahmen zu empfehlen, die die Arbeiten der Konferenz beschleunigen sollen. Mein Aufenthalt in Genf wird nur von kurzer Dauer sein und Botschafter Gibson wird weiter die Führung der Delegation behalten. Ich bin davon überzeugt, daß die Abrüstungskonferenz ein greifbares Ergebnis zeitigen wird. Die Tatsache, daß ich von Senator Kellogg begleitet bin, scheint mir um so glücklicher und bedeutungsvoller zu sein, als seine Anwesenheit an das Werk erinnert, das Briand und er für den Frieden vollbracht haben.“

Am Freitagabend hatte Stimson noch eine längere Unterredung mit Tardieu, worauf er nach Genf weiterreiste.

„Nehmen Sie eine Lüge“

Warum Hitler und Goebbels Beschwerde bei Groener führten

Der „Vorwärts“ meldet: „Am Freitag telefonierten die Herren Hitler und Goebbels gemeinsam beim Reichsinnenminister Groener an und führten in ärztlicher Aufregung Beschwerde. Worüber? Ueber das Verbot der SA? Mitnichten — viel Wichtigeres war geschehen, was den Herren viel mehr am Herzen lag. Unter wilden Verwünschungen behaupteten sie,

die Polizei habe das Luxusauto des Herrn Goebbels beschlagnahmt.

Nun ständen sie ohne Wagen da. Sie fragten Herrn Groener, was sie nun tun sollten. Dem Vernehmen nach soll Herr Groener geantwortet haben: „Nehmen Sie eine Lüge.“

Vor dem traurigen Schicksal, zu gehen zu müssen, wie gewöhnliche Sterbliche oder eine Autodrohsche nehmen zu müssen, blieben die Herren Hitler und Goebbels indessen bewahrt. Das Auto des Herrn Goebbels fand sich ein, es war überhaupt nicht beschlagnahmt worden.

Kasse erhält recht. Das Oberlandesgericht in Celle hat die von dem Verlage der niedersächsischen Tageszeitung gegen den Oberpräsidenten der Provinz Hannover erwirkte einstweilige Verfügung aufgehoben. Es ist die Unzulässigkeit des Rechtsweges bejaht und darüber hinaus ausdrücklich festgestellt worden, daß von Willkürhandlungen des Oberpräsidenten keine Rede sein kann.

Handus „Die Jahreszeiten“

Nach Paul Stanges ersterlicher Kinderanführung der „Schöpfung“ feierte nun auch die „Danziger Singakademie“ den hundertjährigen Joseph Handus in seinen „Jahreszeiten“. Der Abend gestaltete sich so eindrucksvoll, daß man von Festcharakter sprechen kann.

Anders als früher Fritz Binder, der die historisch-zopfige Linie der Interpretation erstrebte (gar nicht zu reden von Richard Hagels trostloser Zwischenbuchungeliegenheit), wagt Reinhold Roenenkamp das Werk an. Ohne es eigentlich aus seiner Zeit ganz zu lösen, gibt er ihm vor allem durch prachtvoll vorwärtsstrebende Zeitmäße neues, erregendes Leben. Alles ist frisch, getrafft. Dinge, über die man sonst hinweghörte, sind plötzlich da und haben ihre Geltung. Die große (durch den Domchor zu St. Marien verstärkte) Sängerschaft erreicht durch Ausgegogenheit der Stimmgruppen, durch Frische, Geschmeidigkeit, Schlagkraft, und noch selten habe ich so schön klingende Fortissimi gehört, wie bei der gestrigen Aufführung. Sie kann aber nur dann so zustande kommen, wenn der Dirigent nicht bloß mit dem Werke völlig vertraut ist, sondern sich auch darüber klar geworden ist, daß das Schwerkriegs dieser „Jahreszeiten“ nicht so sehr im Zuständlichen als vielmehr in der Sichtbarmachung einer dramatisch bewegten Landschaft liegt, und das war das Neue an der geistigen Vorbereitung. Deswegen ist es nicht so leicht, über den Charakter der Roenenkamp'schen Aufführung zu sprechen, die in so vielen Punkten vom Herkömmlichen abwich, daß man eigentlich die Nummern Stück für Stück betrachten und Gründe und Gegenstände anführen müßte. Doch scheint mir das belanglos in Anbetracht der Lebensvolken, gegenwartsdurchdringenden Interpretation, die auch da immer noch feststeht, wo sie vom Dogma abwich.

Etwas pießmütterlich kam, wie fast immer, der Orchesterpart ab; immerhin war auf die herrlichen Cuvettieren größere Sorgfalt verwandt worden als sonst.

Eine recht glückliche Hand hatte der Dirigent diesmal bei der Auswahl der Solisten gehabt. Am wenigsten freilich mit Hans Fein; zu d e r l i c h (Königsberg), der den Fischer Simon förmlich ziemlich vierstimmig im Ton und auch sonst wenig selbstvoll sang; um so ausgezeichnete befand der Berliner Konserjtänger Franz Marten (Lübeck) mit seinem hervorragend gebildeten Tenor, und auch die Sopranpartie fand in Rietze R u t h e j u s eine Sängerin voll Wärme und musikalischem Sinn, wenn man ihr auch mehr Durchschlaghaft gewünscht hätte. Den Cembalo-parti führte Gilly K o n o p a k i sehr geschmackvoll aus.

Der stark besetzte große Saal der Sporthalle dankte den Dirigenten nach jedem Akt mit herzlichem Beifall. Das Konzert fand zum Besten des Wiederherstellungsfonds der Marienkirche statt.

„Außenpolitisch“ so Jammernten sie „hat Brüning sich selbst den schlechtesten Dienst erwiesen, wenn er den Franzosen das Bestehen eines „nationalsozialistischen Privatheeres“ amtlich beiseitegelte. Vom sozialen Standpunkt aus entzieht aber die Frage, was mit den Hunderttausenden, unter denen sich auch zahlreiche Arbeitslose befinden, gesehen soll, die bisher in der SA. und SS. ihre Unterkunft, Verpflegung usw. hatten. Erkennt man nicht die Gefahr, die hieraus entsteht?“

O, der „soziale Standpunkt“ der „Neuesten“. Schrecklich, schrecklich! Und erst der „außenpolitisch schlechte Dienst“. Wie war das doch beim Verbot des Arbeiterfahrbundes in Danzig? Der Schutzbund hatte bekanntlich keine Flugzeuge, keine Landfahrer, keine Maschinengewehrschützen, er wollte keinen Staatsstreik verüben, auch „außenpolitisch“ war er keine Gefahr. Dagegen kann man von der Danziger SA. nicht behaupten, daß sie zur außenpolitischen Verhöhnung beigetragen hat. Was schrieben aber damals die „Neuesten“? Folgendes:

„Wir wollen hier nur mit Genugtuung feststellen, daß die Polizei in energischer Weise sofort die gegebene Schlußfolgerung aus den Vorgängen gezogen hat, die Auflösung des Arbeiterfahrbundes zu verweigern. Damit ist eine Maßnahme getroffen, die auch in der Bevölkerung nur gebilligt werden wird.“

Und weiter: „Es steht heute fest, daß die Führung des Arbeiterfahrbundes unwiderlegbar schwere Schuld auf sich geladen hat für die Haltung ihrer Leute. Aus dem Blute des erschlagenen Fritz Hoffmann entleucht die Mahnung an alle politischen Parteien, daß, wer dem Vaterlande recht dienen will, dies nur tun kann in der der Würde des Menschen und in Ehrfurcht vor dem Leben.“

Das sind so gewaltige Unterschiede in der Betrachtungsweise zweier Verbote, daß auch die Leser der „Neuesten“ etwas erstaunt über die Anschauungen ihres Blattes gewesen sein dürften. Es gibt immer mehr Leute in Danzig, die fest und fest behaupten, die „Neuesten“ hätten keine eigene politische Meinung mehr, ihre „politische“ Haltung wäre eine geschäftliche Kalkulation, die an ganz bestimmte Bedingungen gebunden sei. Es fällt mit der Zeit wirklich schwer, an diesen Behauptungen zu zweifeln.

Uebrigens hat die Tatsache, daß die SA. in Danzig weiter bestehen kann, bereits im Ausland einiges Aufsehen erregt. In Polen zum Beispiel merkt sich der „Kurier Warszawski“ an die Regierung mit der Mahnung, „den Danziger Senat aufzufordern, einen gleichen Schritt wie im Reich zu unternehmen.“ Wir glauben, so schreibt das Blatt, „daß es ungerechtfertigt und direkt gefährlich wäre, wenn nicht gleichzeitig mit der Auflösung der Sturmabteilungen im Reich auch ihre Unschädlichmachung in Danzig erfolgen würde. Danzig könnte sonst zum natürlichen Zufluchtsort für Elemente werden, denen die Aktionsfreiheit im Reich genommen wurde.“ Auch die heutigen französischen Zeitungen haben sich, wie uns kurz vor Redaktionsschluß gedrahtet wird, bereits des Stoffes bemächtigt. Die von uns an anderer Stelle veröffentlichten Zitate beweisen, wie groß das Aufsehen der Welt darüber geworden ist, daß der Senat sich dem Vorhaben des Reichs nicht anzuschließen gedenkt.

Wenn es auch nicht besonders erfreulich ist, daß die Dinge von außen her eine derartige Wertung finden können, so wird auch der Senat nicht übersehen dürfen, daß die außenpolitische Situation Danzigs durch sein Verhalten nicht erleichtert wird. Auch die Reichsregierung dürfte kaum erhaben davon sein, daß die Organisationen, die drüben wegen ihrer Staatsgefährlichkeit verboten worden sind, hier in Danzig weiter in vollem Umlauf ihr Dasein fristen und Protestkundgebungen mit nachfolgendem Aufruhr veranstalten können. Der Senat ist demnach wieder einmal in einer Klemme. Es wird ihm kaum gelingen, auch nur einen einzigen verantwortlichen Politiker zu finden, dem klarzumachen ist, daß auf dem heißen Boden Danzigs die Regierung Reichs mehr Rücksicht auf die SA. nehmen muß, als die nationalsozialistische Regierung Magagnac auf dem weniger heißen Boden in Braunschweig. Wie die Regierung Reichs aus dieser Klemme herauskommt, ist ihre Sache. Die Danziger Bevölkerung aber muß verlangen, daß der Freiraum nicht noch in neue außenpolitische Gefahren hineinverloren, in denen er vollends umkommen würde.

Der Obenburger Landtag lehnte am Freitag den nationalsozialistischen Antrag, beim Reichsinnenministerium Beschwerde gegen das SA-Verbot zu erheben, mit 21 zu 21 bei Stimmengleichheit ab.

Von Nazis überfallen. Am Donnerstag wurden in Hindenburg fünf Reichsbannerleute, die sozialdemokratische Flugblätter verteilten, von etwa 25 bis 30 Nazis überfallen. Zwei Reichsbannerleute wurden niedergeschlagen und erheblich verletzt. Als die Polizei herannahte, ergriffen die Nazis die Flucht.

Bier tote Frauen

Von D. Rander

Als Herr Garmann wenige Wochen vor seiner ersten Heirat seinen schönen Vambuschpapierstod kaufte, dachte er den Gedanken mit Entrüstung von sich gewiesen, daß ihn dieser hiesige, hellgelbe Spozierstod ins Gerichthaus bringen würde. Herr Garmann war Besitzer eines gutgehenden Zigarrengeschäftes in der Gita. Er liebte gutes Essen und das Geld. Das Geld liebte er über alles. Schon wenige Monate nach seiner ersten Heirat kam ihm nach einer besonders üppigen Mahlzeit der Gedanke, daß man mit dem Verkauf von Zigarren eigentlich viel zu langsam und auf die Dauer doch viel zu wenig Geld verdiene. Als er diesen Gedanken gerade ausgebracht hatte, sprach seine erste Frau und hinterließ ihm die ersten hunderttausend Mark. Bekalide Gedanken kamen ihm aber noch öfters. Als Herr Garmann seine vierte Frau zu Grabe getragen hatte und sich mit dem Gedanken trug, das Zigarrengeschäft anzufachen, weil er nun fast genug hatte, um sein ferneres Leben als Rentier zu verbringen, betrat ein hübscher Mann mit einem eigenartig schwebenden Blick den Laden und verlangte Fleischsalat.

„Guten“, sagte Herr Garmann und bediente selbst, da keine Gehilfen mit anderen Kunden beschäftigt waren. Der Mann mit dem schwebenden Blick wählte langsam und sorgfältig aus. „Wollen Sie denn eigentlich nun wieder heiraten?“ fragte er den maßlos übertraffenen Herrn Garmann plötzlich.

„Die bitte?“ fragte dieser zornig.

„Ja, glaube, Sie werden nicht mehr heiraten“, sah der hübsche Mann ruhig und mit gedämpfem Tone fort.

Herr Garmann erbleichte so sehr, daß ihm fast Schwindel wurde. Aber eben so schnell sagte er sich wieder:

„Die meinen Sie das?“ fragte er unruhig laut.

„Ja, meine“, sagte Herr Garmann, „daß die Regenfrachten im Jahre Garmanns evidentlich ansteigend liegen. Soher ich das weiß? Ich habe mich heute vor-mittag mit Ihrem Hausarzt unterhalten. Mit Dr. Binder, jamaß, demselben, den Sie vor einigen Wochen wissen ließen, daß seine weite reise unerschöpflich ist. Er war ja so ruhig, eine Regenoperation vorzuschlagen. Sie ist es, Herr Garmann, wollen Sie freiwillig mitkommen?“

Herr Garmann sagte nicht ein Wort. Er verwehrt sich zwar in wohlgeleiteten Worten gegen das schreckliche Verbot, den man da gegen ihn ausspricht, gab seinem Geschäftsbüro mit ruhiger Stimme Anweisungen und Vollmacht und beugte ein häßliches wackelndes Lächeln, das beide, Leis und Herr Garmann, auf dem längeren Wege zum Polizeipräsidium strahlte.

Dort wurde Herr Garmann die Anzeige Dr. Binders vorgelesen. Dann wurde er förmlich angefordert, sich hierzu zu äußern.

äußern. In diesem Moment bemerkte Herr Garmann, daß er seinen Stod vergessen hatte. Er mußte ihn in dem Taxi liegen gelassen haben. „Ich habe meinen Stod im Auto vergessen“, sagte er zu Leis. Das war ein großer Fehler. Nichts hat Herr Garmann so bedauert, wie diese Aeußerung.

Nachdem Herr Garmann den gegen ihn geäußerten Verdacht weit und mit aller Entrüstung von sich gewiesen hatte, wurde er in eine Zelle des Polizeigeängnisses gebracht. Dort raucht er noch eine der guten Zigarren, die er bei sich trug und saß dann in einem leeren Zelle. Es ist zu vermuten, daß dieser Stof nicht so ruhig und gut gewesen wäre, wenn Herr Garmann gewußt hätte, daß um diese Zeit eine Ermüdung vorgenommen wurde. Die Gerichtsärzte unterrichteten sorgfältig und genau. Da sie sich nicht einig wurden, zog man gegen Morgen noch einen Polizeichemiker hinzu.

Als Herr Garmann am folgenden Vormittag zu neuerlichem Verhör vorgeführt wurde, lächelte er zur. Lächelnd hat er den Erlaubnis, während des Verhörs rauchen zu dürfen, lächelnd hörte er zu, wie der Verdacht vom Portage erneut ausgesprochen wurde. Man forderte ihn auf, sich durch ein offenes Geständnis zu erleichtern.

„Mein Gewissen ist so leicht, wie der Gehalt dieser Zigarre“, sagte er zu den Beamten.

„Hebrigens“, sagte Kommissar Leis plötzlich, hat sich Ihr Stod gefunden, den Sie doch gestern in der Tasse liegen ließen.“

„Ja, das ist sehr liebenswürdig“, sagte Herr Garmann und wollte nach dem vertriehenen Stod greifen.

„Einen Kommt“, sagte Leis, „Sagen Sie mir doch bitte, Herr Garmann, warum Sie so gerne an Ihrem Stod herumlecken? Sie haben ihn ja um einige Zentimeter auf diese Weise vergrößert. Sie konnten Sie außerdem zu unvor-sichtiger als den dabei abfallenden Vambuschpapier annehmen? So was wird man doch weg. Wenn man jemand Vambusch-papier ins Essen wirft, dann geht der Betreffende unfehlbar zugrunde. Wo haben Sie das eigentlich erfahren? Im Kon-versationslexikon, nicht wahr? Sie ist es nun, Herr Gar-mann. Wenn wir weiter ermitteln, oder wollen Sie aus die Arbeit einstellen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich auch die Zelle geputzt habe, mit der Sie Ihren Stod bearbeitet haben, jedesmal dann, wenn eine Ihrer armen Frauen an der Küche war.“

Herr Garmann blinnte dem Ruch seiner letzten Zigarre nach und senkte ein.

„Es ist ein wahres Glück“, sagte Leis lächelnd, daß Sie gestern Ihren Stod verloren haben. Der Chauffeur, der ihn mir brachte, verdient eine Belohnung.“

„Wollen Sie ihm bitte nachsehen“, sagte der unerschütterliche Herr Garmann, „eine Zigarre geben. Aber keine weitere, bitte.“

Die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt

Was wird der Sommer bringen?

Die schlimmen Vorzeichen des Monats März - Katastrophale Arbeitsmarktlage in den ausschlaggebenden Berufen

Künden erste Sonnenstrahlen des Frühlings, daß der Lenz wirklich erwacht ist, dann wird neue Hoffnung in den Herzen der unter der entsetzlichen Arbeitslosigkeit leidenden Menschen des Freistaats keimen.

Der Monat März hat die ersten, sehr wenig verheißungsvollen Vorzeichen für den im Verlaufe dieses Sommers zu erwartenden Umfang der Arbeitslosigkeit erbracht.

Es muß als ein sehr bedenklich stimmendes Vorzeichen angesehen werden, daß

während die Arbeitslosigkeit in Deutschland schon zurückgegangen ist, im Freistaat ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit verzeichnet werden mußte.

Das ist bis jetzt noch nicht dagewesen! Das zeigt, daß der Freistaat auch bei der Gestaltung der Arbeitslosenzahl jetzt „eigene Wege“ geht.

Für diejenigen, die die Bedingungen der Arbeitsmarktverhältnisse des Freistaats kennen, ist es deshalb nicht überraschend gewesen, daß der März noch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit brachte.

Die Arbeitsmarktlage der einzelnen Berufsgruppen des Freistaats

Neue passieren, dann ergeben sich sehr unerfreuliche Rückschlüsse auf die Gestaltung der Arbeitslosigkeit in diesem Sommer.

Bei den Werken ist der Auftragbestand insgesamt genommen zur Zeit derart gering, daß noch mit weiteren Entlassungen unter Umständen gerechnet werden muß.

Die Fremdenindustrie des Freistaats

wird ebenfalls auf diesen Sommer keine allzu großen Hoffnungen setzen dürfen. Selbst wenn die Witterungsverhältnisse günstig sein sollten, werden in diesem Sommer wahrscheinlich noch geringere Beschäftigungsmöglichkeiten für die in der Fremdenindustrie tätigen Arbeitnehmer vorhanden sein als im Vorjahre.

worden, daß in diesem Jahre nun endlich bevorzugt die Danziger Landarbeiter herangezogen werden sollen,

aber es wird - wie schon gesagt - abzuwarten sein, inwieweit dieser alten sozialdemokratischen Forderung endlich entsprochen werden wird.

Die Erwerbszweige, die von der saisonmäßigen Belegung wenig oder gar nicht zu profitieren haben, deren Lage vielmehr fast ausschließlich von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Konjunktur des Freistaats abhängig ist, stehen natürlich noch viel schlechter da.

Mit einer bewußten Schönfärberei ist niemand gedient. Wir haben diesen Standpunkt auch im Sommer des vorigen Jahres vertreten und für den Winter, den wir jetzt hinter

Deportationen aus Argentinien

Die Wahrheit über das „Verbrecherschiff“

Die Passagiere der „Chaco“ - Eine Kette von Gemeinheiten

Die argentinische Militärregierung hat einige Tage, bevor sie ihr Amt niederlegte, zahlreiche Arbeiter in ihre Heimatstaaten abtransportiert.

Die vorläufige Militärregierung, die nach dem Umsturz vom 6. September 1930

- der sich die Wiederherstellung der Verfassung zum Ziel setzte, - gebildet wurde, hielt das Land unter Belagerungs- zustand, beseitigte die öffentlichen Freiheiten und verfolgte alle, die es wagten, eine andere Meinung als die der Regierung zu vertreten.

Deportationsdrohungen

Im November vorigen Jahres drohte die Regierung, eine große Zahl von Arbeitern in ihre Heimatstaaten zu deportieren.

Mißhandlungen und Entbehrungen ausgesetzt waren,

veranstalteten einen einmündigen Hungerstreik, der so großen Eindruck hervorrief, daß die Regierung einwilligen nicht auf der Ausführung ihres Vorhabens bestand.

Aber die Drohung blieb und im Stillen führten die Beamten, die mit der Ausführung beauftragt waren, ihre Arbeit durch; die Arbeiter, die deportiert werden sollten, wurden auf die „Chaco“ gebracht, die sie nach Europa transportierte.

Die „Verbrecher“ sind Freiheitshändler

Die vorläufige Regierung bezeichnete die Deportierten unterschiedslos als „unerwünschte Elemente“.

in manchen Fällen einfach um Arbeiter mit fortgeschrittenen Ideen,

in anderen um ruhige Leute handelt, gegen die nicht einmal diese „Anklage“ erhoben werden kann.

Die Deportierten

In der „Banguardia“ vom 11., 12. und 13. Februar wurden die Namen der Deportierten, soweit sie feststellt werden

uns haben, ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit in dem dann tatsächlich auch eingetretenen Umfange vorausgesetzt.

Niemand darf darüber im Unklaren sein, daß in der letzten Zeit Wandlungen in den Bedingungen des Danziger Erwerbslebens vor sich gegangen sind, die in ihren Wirkungen auf die Gestaltung der Arbeitslosigkeit jetzt noch nicht mit größerer Sicherheit meßbar sind.

Die Erwerbslosigkeit in diesem Sommer nicht die früher zu verzeichnende Abflachung erfahren wird.

Es ist kaum damit zu rechnen, daß die Zahl der Arbeitslosen unter 27000 bis 29000 heruntergehen wird.

Ob uns dieses Glück beschieden sein wird, ist indes mehr als nur fraglich, da für einen plötzlichen Aufschwung der Konjunktur im Freistaat keinerlei Anzeichen gegeben scheinen.

Es handelt sich darnach um Arbeiter aus Spanien, Polen, Italien, Rußland, Deutschland, Lettland, Rumänien, Litauen, England und der Tschechoslowakei.

Ein besonders trauriger Fall

ist der eines Italiensers, der deportiert wurde, obwohl er seit seiner Kindheit in Argentinien lebt.

Unter den Deportierten auf der „Chaco“ befindet sich Antonio Zamora, der ursprünglich ein Spanier war, die argentinische Staatsbürgerschaft erworben und mit einer Argentinierin verheiratet ist.

er auf Befehl des ehemaligen Privatsekretärs des Präsidenten von Argentinien

neuerdings verhaftet und auf die „Chaco“ gebracht, obwohl sein Name nicht auf der Deportationsliste des Innenministers figurierete.

Viele Deportierte hatten keine Ahnung, warum sie ins Gefängnis gekommen wurden.

Die neue Regierung

Nach der Bildung der neuen argentinischen Regierung wurden neue Proteste gegen die Deportationen, deren Zahl bis zur Abfahrt der „Chaco“ auf 82 herabgesetzt worden war, erhoben.

nach der Rückkehr der „Chaco“ aus Europa

die entsprechenden Maßnahmen zu treffen. Die „Banguardia“ wies aber in ihrer Nummer vom 24. Februar darauf hin, daß die Rückkehr der „Chaco“ nicht vor Ende dieses Jahres zu erwarten sei.

Unter diesen Umständen wird gefordert, daß die Deportierten sofort zurückgebracht werden, damit ihr Fall ohne weitere Verzögerung behandelt werden könne.

Unter Wetterbericht

Vorher sage für morgen: Zeitweise aufheiternd, aber noch unbeständig, mit einzelnen Regenschauern und Schneefauern, kühl, starke Nordostwinde, Nachtfrostgefahr.

Maximum des letzten Tages: 5,3 Grad. - Minimum der letzten Nacht: 3,3 Grad.

Geld in Massen - auch für Sie durch die Klassenlotterie

ZIEHUNG DER 1. KLASSE AM 22. UND 23. APRIL 1932

Über 114 Millionen RM Gesamtgewinne

39. PREUSSISCH-SÜDDEUTSCHE KLASSENLOTTERIE

Danziger Nachrichten

25000 Gulden unterschlagen

Bei der hiesigen diplomatischen Vertretung Polens — Der Chef der Grundbesitzverwaltung verhaftet

Einer Pressemeldung aus Thorn zufolge ist dort vorgestern der Chef des Grundbesitzverwaltungsbüros bei der diplomatischen Vertretung der Republik Polen in Danzig, Malinowski, eingetroffen, der sofort in Haft genommen wurde, da er nach seinen eigenen Angaben 25 000 Gulden Amtsgelder sich unrechtmäßig angeeignet hat. Von zehntägiger Stelle wird uns die Verhaftung Malinowskis bestätigt, doch über die Höhe der unterschlagenen Gelder keine genaueren Angaben gemacht. Malinowski, der verheiratet ist, war erst im vorigen Jahre nach Danzig gekommen. Man nimmt an, daß er den hohen Betrag ausschließlich im Popovter Spielklub verspielt hat, wo er ein ständiger Gast war. Wie wir weiter erfahren, soll er ein Monatsgehalt von 700 Gulden bezogen haben, so daß hier wirtschaftliche Notlage keinesfalls die Ursache der Unterschlagung sein kann.

Die polnischen Brüder vom Hakenkreuz

Polnische Nationalsozialisten verlangen die Einverleibung Danzigs

In Lodz ist eine polnische Nationalsozialistische Partei gegründet worden. Die polnischen Nationalsozialisten haben ihr Programm nach dem Muster der deutschen Nationalsozialistischen Partei ausgearbeitet. An der Spitze der Partei steht Andreas Kazimierzak, der frühere Obmann des Verbandes nationaler Arbeiter in Polen.

Die polnischen Nationalsozialisten erstreben die Einverleibung Deutsch-Oberschlesiens und Danzigs. Außerdem soll von den ehemaligen Teilungsmächten eine Entschädigung für die „mehr als hundertjährige Knechtschaft“ verlangt werden. Die polnischen Nationalsozialisten fühlen sich als getreue Nachahmer der deutschen Hakenkreuzler. Das zeigt sich auch darin, daß ihre Pläne genau so irrsinnig sind, wie die der deutschen Nationalsozialisten.

Keine Mietsbeihilfe mehr für Erwerbslose

Ungeblüht kein Geld vorhanden — Eine sozialdemokratische Anfrage in der Stadtbürgerkammer

Mit Wirkung vom 1. April wird auf Anordnung des Senats die an die Erwerbslosen gezahlte Mietsbeihilfe ungeblüht aus Mangel an Mitteln durch die Erwerbslosenfürsorge nicht mehr gezahlt.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtbürgerkammer fragt deshalb in der Stadtbürgerkammer an, welche Schritte der Senat zu unternehmen gedenkt, um einen Ausgleich, sei es durch Herabsetzung der Miete oder anderweitige Entschädigung, zu schaffen. Am schwersten werden diejenigen erwerbslosen Mieter betroffen, welche in Häusern der Stadtgemeinde Danzig wohnen, die von der Siedlungs-A.G. vermarktet werden. Eine Mietentlastung, wie sie in der Rechtsverordnung des Senats vom 14. März 1932 festgelegt ist, hat nicht stattgefunden.

Schon bisher war bei den Erwerbslosen, Frau Sorge, Käng, an der Gasse, Mütter, den Sängern zu helfen, Unterstützung der Kinder in allgemeinen Festausstellungen. Wenn nunmehr auch noch die Mietsbeihilfe in Fortfall kommt, müssen die Erwerbslosen in eine Verzweiflungssituation geraten, die nicht ganz ungefährlich ist.

25 Jahre Danziger Verkehrszentrale

Als das erste Flugzeug in Danzig aufstieg

Die Anregung zur Gründung der Danziger Verkehrszentrale, die auf eine 25jährige erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken kann, ging von dem Danziger Journalisten- und Schriftstellerverein aus. Am 14. März 1907 trat eine vorbereitende Versammlung zusammen, die sich Vernehmung des Fremdenverkehrs nach Danzig zum Ziel setzte. Bereits am 15. April 1907, also heute vor 25 Jahren, konnte auf Grund dieses Programms die Danziger Verkehrszentrale mit vierzig Mitgliedern gegründet werden.

Das erste Flugzeug in Danzig

Neben der großzügigen Verbundung für den Fremdenverkehr nach Danzig hat die Verkehrszentrale bei der Schaffung von Verkehrsstätten, bei Schaufensterwettbewerben, bei der Begründung der Waldspielplätze und dergleichen mitgewirkt. 1910 hatte sie den Mut, auf dem Hofm eine Fest- und Flugwoche zu organisieren, um in Danzig das erste Flugzeug starten zu lassen. Als Flieger waren Grad, Jeaner, Spandow, Thomit und Brunner verpflichtet worden. Das Wetter war den Flugveranstaltungen nicht günstig. Der Besuch war spärlich. Es waren für 32 000 Mark Eintrittskarten verkauft worden. Der Betrag reichte aber nicht aus, um die gesamten Kosten, die vornehmlich durch die Herrichtung des Flugplatzes und der auf dem Platz aufzuführenden Bauten und Brücken notwendig war, zu decken. Zur Deckung des Ausfalls mußte ein Teil des Garantiefonds in Anspruch genommen werden.

Durch den Krieg wurden die Arbeiten der Verkehrszentrale unterbrochen. Das Büro wurde indessen sofort umgestellt und unter Leitung des Fräulein Vorhauer der Flüchtlingsfürsorge zur Verfügung gestellt. Nach Beendigung des Krieges galt es erneut, die Verkehrszentrale umzugestalten. Sie konnte ihre volle Arbeit aber erst wieder aufnehmen, als es gelang, in Herrn Dr. Becker einen neuen tatkräftigen Vorsitzenden zu erlangen, der unterstützt von dem Syndikus Klose unserer Verkehrszentrale das frühere Ansehen und ihren guten Ruf zurückzubekam. Das Arbeitsprogramm der Verkehrszentrale ist das gleiche geblieben wie am ersten Tage.

Die Gläubiger der Hausbesitzerbank haben Dienstag abend 7 Uhr, in der „Hundehalle“, Hundegasse 121, eine Besprechung, zu der alle eingeladen sind, die in der Hausbesitzerbank Gelder angelegt hatten. Dort sollen alle Maßnahmen besprochen werden, die jetzt notwendig geworden sind, weshalb es im Interesse aller Gläubiger liegt, diese Versammlung zu besuchen. (Siehe auch Inserat.)

Wochenplan des Danziger Stadttheaters. Sonntag, 19. 4. Uhr: Einmaliges Ensemble-Gaudespiel Heinrich George: „Der Kammerjäger“ von Webedin, Fräulein Julie“ von Strindberg. — Montag, 19. 4. Uhr: (Serie 1) „Ein Walzertraum“. — Dienstag, 19. 4. Uhr: (Serie 2) „Das Gejesh in dir“. Mittwoch, 19. 4. Uhr: „Im weißen Hölz“. (Freie 3). — Donnerstag, 19. 4. Uhr: (Serie 3) Neu einstudiert: „Die beiden Schützen“. Komische Oper in 3 Akten von Vorhagen. — Freitag, 19. 4. Uhr: (Serie 4) „Die Füllfeder“. — Sonnabend, 19. 4. Uhr: „Aida“. Ueber einen Teil der Karten zu dieser Vorstellung ist durch die Theatergemeinschaft der Beamten verfügt. — Sonntag, 21. April, 19. 4. Uhr: Einmaliges Gaudespiel Willi Domgraf-Fassbender von der Staatsoper Berlin. „Der Troubadour“. Graf Jana: Willi Dom-

graf-Fassbender von der Staatsoper Berlin als Gast. — Montag, 19. 4. Uhr: (Serie 1) Neu einstudiert: „Die Matten“. Berliner Tragikomödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.

Die Unterschlagungen bei der Deutschen Bank

Bisher ein Fehlbetrag von 15 000 Gulden festgestellt

Die Berliner Revisoren, die die Devisenscheide-Abteilung bei der Deutschen Bank in Danzig nach dem Bekanntwerden der Unterschlagungen des Bankbeamten M. aufs genaueste prüfen, haben bisher festgestellt, daß M. etwa 15 000 Gulden unterschlagen hat. Inzwischen hat sich auch herausgestellt, wie der ungetreue Bankbeamte sich in den Besitz der Gelder gebracht hat. Wenn ein Kunde einen Devisenscheck vorlegt mit dem Auftrag, den Gegenwert seinem Konto gutzubringen, so wird ein Scheck ausgestellt, das feststellt, daß der Scheck in Ordnung ist. M. hat es nun verstanden, derartige Schecks für sich zur baren Auszahlung zu bringen. Zu diesem Zweck

fingierte er ein Kassageschäft,

indem er eine Anweisung auf die Guldenkasse aus schrieb. Zur Auszahlung benötigte M. aber die Gegenzeichnung des Abteilungsleiters, die dieser auch treu und brav gab, ohne festzustellen, ob dieser Scheck nicht bereits dem Konto gutgebracht ist. Das war zweifellos fahrlässig gehandelt.

Zur Auszahlung des Schecks gehörten dann zwei Kasfenbelege. Einen davon erhält der Kunde, der sich damit zur Auszahlungskasse begibt, den anderen der Kassierer, der durch eine Kontrolle hat. M. nahm nun den Beleg, der eigentlich für den Kunden bestimmt war, an sich und kam mit beiden Belegen zum Kassierer, dem er erklärte, in seiner Abteilung war ein Kunde, dem er das Geld überbringen soll.

In Wirklichkeit war M. sein eigener Kunde.

Leichtsinig hatte also auch der Kassierer gehandelt, der sich nicht davon überzeigte, daß der Kunde auch tatsächlich das Geld erhielt. Da für eine solche Schiebung dann der Devisenscheck fehlt, wurde durch eine Fallbuchung die Sache verschleiert. Verantwortlich für die Zustände ist die Direktion der Deutschen Bank, deren Leiter der frühere deutsche nationale Abg. Scheide ist.

Die Angelegenheit ist um so peinlicher, als die Deutsche Bank in Danzig erst noch vor kurzer Zeit ihre Aktien von 10 : 4 zusammenlegte, wodurch auch die Kleinaktionäre über Nacht zwei Drittel ihres Vermögens verloren haben.

Das Wasser fällt nur langsam

Das Weichselhochwasser ist, wie wir bereits gestern gemeldet haben, im Fallen begriffen. Es fällt aber nur langsam, was daraus zu erklären ist, daß in der Mündung das Wasser der See gegenbrückt und der Ausgleich darum nur langsam vorwärtsschieben kann.

Gegenwärtig sind die Zufahrtstraßen an der Rothebuder Fähre immer noch etwa 50 Zentimeter unter Wasser, so daß die Anlegestelle der Fähre zu erreichen. Der Auto- und Warenverkehr muß darum weiterhin durch Umsteigen vollzogen werden. Man rechnet damit, daß im Laufe des heutigen Tages und der kommenden Nacht das Wasser fallen wird, und der Fahrverkehr von morgen an wieder seinen normalen Verlauf nehmen wird. Vorläufig müssen die Autos ja noch über Bohndack-Schienenfahrern fahren.

In einer Inbetriebnahme der kleineren Seilfähren auf der Stromweiche ist fürs erste nicht zu rechnen, da der Strom immer noch recht reichlich fließt.

Der Fährbetrieb Rothebude ist für Fuhrwerksverkehr eingestellt, für Personenverkehr aufrechterhalten.

Der Leichter muß liegen bleiben

Schwierige Völsarbeiten bei Schiemenhorst

Der von der Elbinger Firma Jelder expedierte Leichter „D. P. 3“, der Mittwochmorgen durch den Strom der Weichsel auf eine der Mündungsstrecken bei Schiemenhorst geschleppt wurde, liegt immer noch an der Strandungsstelle. Die Dampfer haben ihn verlassen. Die Ladung ist zum größten Teil noch im Schiff, insbesondere die Kohlen. Gestern war man dabei, die Fässer mit Seringen an Land zu bringen. Inzwischen ist aber das Wasser gefallen. Man kommt also mit einem Fahrzeug nur schwer an den Leichter heran. Darum geht das Ableichtern, sofern man überhaupt daran gegangen ist, nur sehr langsam vorwärtsschieben. Man wird noch eine Weile warten müssen. Wie die Ableichternung dann vorwärtsschieben soll, darüber sind sich noch nicht einmal die Fachleute einig.

Kundschau auf dem Wochenmarkt

Ein regenschwerer Himmel hängt über dem reichbesetzten Markt. Dazu ist sehr kalt. In den Morgenstunden ist der Handel noch flau. Für ein Pfund Butter werden 80 bis 90 Pfennig verlangt. Für Tafelbutter 1,00 bis 1,10 Gulden. Die Mandel Eier preis 65 Pfennig bis 1 Gulden. Ein Suppenhuhn 2 bis 2,50 Gulden, eine Brathenne 2,80 bis 3,50 Gulden, ein Perlhuhn 2,75 Gulden. Ein Ländchen 50 bis 75 Pfennig, eine Ente 3,50 Gulden, Gänse das Pfund 65 Pfennig, Puten 60 Pfennig, ein Pfund Margarine 70 bis 80 Pfennig, Schweineschmalz 80 Pfennig, Fett 58 Pfennig, Palmöl 90 Pfennig, Talg 40 bis 45 Pfennig. Sontag ein Glas 1,40 Gulden. Marmelade 65 Pfennig bis 1,20 Gulden.

Schweizerkäse 1,20 bis 1,30 Gulden. Tilsiter 65 Pfennig bis 1,10 Gulden. Werder 1,10 Gulden. Limburger 90 Pfennig. Burt 50 Pfennig bis 1,60 Gulden. Speck 60 bis 70 Pfennig. Schweinefleisch, Schulter und Bauch 45 bis 50 Pfennig, Schinken 55 Pfennig. Karbonade 70 bis 80 Pfennig, Koulade 55 Pfennig, Leber 70 Pfennig, Lunge 15 Pfennig. Rindfleisch 45 bis 55 Pfennig, ohne Knochen 70 bis 80 Pfennig. Kalbfleisch 30, 60 Pfennig bis 1 Gulden. Hammelfleisch 45 bis 90 Pfennig.

Die Obststände haben noch reiche Auswahl in Tafeläpfeln. Ein Pfund sehr gute Stettiner sollen 50—60 Pf. bringen. Amerikanische Äpfel 45—50 Pf., Postlopp 50—55 Pf., Goldparmanen 45—50 Pf., Äpfelinen und Bananen können das Allerlei der Apfelsorten. Apfelsinen preisen pro Stück 20—25 Pfennig, eine Banane 45—60 Pf.

Die proletarische Hausfrau kann von all den Köstlichkeiten, die der Markt bietet, nur das Nötigste kaufen, das Einkaufsgeld ist zu knapp! Spinat kostet heute das Pfund 40 Pf., Rhabarber 60—70 Pf., das Köpchen Salat 20—25 Pf., das Bündchen Radieschen 20—25 Pf., ein Pfund Rosenkohl 30 Pf., Weißkohl 15 Pf., Kottlöh 20 Pf., Wirsingkohl 20 Pf., Grünkohl 15 Pf., Blumenkohl 1,20 Gulden, das Suppenbündchen 15 Pf., 10 Pfund Kartoffeln 35 Pf., die Stange Meerrettich 10—20 Pf., ein Pfund Zwiebeln 20—25 Pf., das Sträußchen Schnittlauch 10 Pf., ein Pfund Mohrrüben 10 Pf., Sellerie 40 Pf., Schwarzwurzeln 35—40 Pf., die ersten Salatgurken das Pfund 1,20 Pf.

Der Blumenmarkt ist reich mit Schnittblumen und Gespinnstblumen besetzt. Ein Rosenkranz kostet 0,75—1 Gulden, Stiefmütterchen und Weissen, Rhabarberpflänzchen und Dahlienmüllchen sind zu haben.

Der Fischmarkt hat flundern, kleine Pomucheln und grüne Heringe in kleinen Mengen. Flundern sollen das Pfund 35 Pf. bringen. Grüne Heringe 60 Pf., Pomucheln 35—40 Pf. Hecht das Pfund 60—70 Pf. Traute.

Von Nerven- und Kopfschmerzen,

Neuralgie, Migräne befreit man sich rasch und sicher durch einige Logal-Tabletten. Unschädlich für Magen, Herz und andere Organe. Tausende, die von Schmerzen geplagt wurden, gelangten durch Logal wieder in den Genuß ihrer Gesundheit. Ein Versuch liegt also in Ihrem eigenen Interesse. Logal sollte in keinem Hause fehlen, jeder sollte Logal stets bei sich führen. Ueber 8000 Nerzle-Ordnungen! Jetzt viel billiger! Kleine Packung G 1,50, große Packung G 3,50.

Letzte Nachrichten

Urteil im Virmasener Prozeß

Vorsätzlich und absichtlich gehandelt

Birmasens, 16. 4. Im Prozeß gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden der Gebrüder Jahr A. G. Virmasens wegen aktienrechtlicher Untreue wurde der Angeklagte Goerch wegen fortgesetzter aktienrechtlicher Untreue zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt, außerdem zu einer Geldstrafe von 5000 Mark bzw. im Nichtbeitragsfalle weitere 250 Tage Gefängnis. Gegen den Verurteilten wurde Haftbefehl erlassen. Der Angeklagte König wurde freigesprochen.

In der Urteilsbegründung heißt es, daß Kommerzienrat Goerch über den Vermögensstand der Firma im Wille gewesen sei. Er habe die Bilanz aufgestellt und die Buchungsform angegeben. Er habe also vorsätzlich und absichtlich gehandelt. Er habe aus reiner Geldgier gehandelt, und zwar zu einer Zeit, als die Firma sehr unglücklich stand.

Sprengstoffanschlag gegen eine Polizeiwache

Baden-Baden, 16. 4. In der vergangenen Nacht wurde gegen die Polizeiwache ein Sprengkörper geschleudert, dessen Explosion die Eingangstür zerstörte. Beamte wurden nicht verletzt. Ein SS-Führer und vier Nationalsozialisten wurden verhaftet.

Kreuger soll Unterschriften gefälscht haben

Stockholm, 16. 4. „Dagens Nyheter“ erzählt, man habe gestern festgestellt, daß die italienischen Staatsobligationen in einer Stockholmer Druckerei hergestellt worden sind. Durch Schriftschwerfächer wurde erwiesen, daß die Namensunterschriften der Obligationen von Kreuger persönlich gefälscht sind. Im Gebrauchsgebiet Kreugers habe man die von einem italienischen Graveur hergestellten Druckplatten gefunden.

Drei Direktoren der Kreuger-Gesellschaft verhaftet

Spät am Freitagabend trat eine sensationelle Wendung in der Kreugeraffäre ein. Nach Anzeige von der A. B. Kreuger und Toll und der Prüfungskommission verhaftete die Kriminalpolizei in Stockholm drei Direktoren, die beschuldigt werden, Kreuger beim Schaffen von fiktivem Einkommen und fiktivem Guthaben behilflich gewesen zu sein.

Neufährer Fischer immer noch vermisst

Das Boot bei Brusterort angetrieben

Vor einigen Tagen wurde zwischen Neufährern und Brusterort an der Samlandküste ein Fischerboot mit der Bezeichnung B. N. 16 angetrieben. Das Boot gehört dem Fischer Otto Stolzmann aus Westlich-Neufähr, der wie wir mehrere Male ausführlich berichtet haben, am 7. April mit seinem 14 Jahre alten Sohne Kurt in einem offenen Boot auf See hinausfuhr, um Angelfische zum Flunderfang zu legen. Am dem Tage herrschte starker Nordwestwind, so daß die Fischer wahrscheinlich abgetrieben sind. Möglich ist auch, daß ihr Boot kentert ist, denn sie hatten ebenso wie die anderen Fischer aus Neufähr Segel gesetzt. Die Nachforschungen nach den vermissten Fischern blieben, obwohl das Boot des Hafenauslasses „James de Kerner“ einen ganzen Tag und eine Nacht nach ihnen suchte, erfolglos. Nach dem Auffinden des Bootes ist es als sicher anzunehmen, daß die beiden Fischer den Tod in den Wellen gefunden haben. Die Familie ist dadurch um ihren Ernährer gebracht und befindet sich in allergrößter Not.

Ein Ausgesteuerter gerät in Wut

Zwischenfall beim Stempeln in Suckschin

Die Polizei meldet: Gestern, gegen 16.45 Uhr, wurde das Ueberfallkommando nach Suckschin gerufen. Der Arbeiter Albert D. hatte in Suckschin beim Gemeindevorsteher seine Stempelfarbe abstempeln lassen. Da wurde ihm erklärt, daß nach einer Verfügung des Senats die Erwerbslosenunterstützung in Fortfall käme. Dietrich war stark angegriffen, geriet über diese Mitteilung in Wut und verfecht dem Vertreter des Gemeindevorstehers einen Schlag ins Gesicht, daß ihm die Nase blutete. Der mehrfachen Aufforderung, das Amtszimmer zu verlassen, kam Dietrich nicht nach. Er stürzte die Amtshandlungen und drohte, die Einrichtung zu zerstören. Das Ueberfallkommando, das darauf herbeigerufen wurde, fand D. betrunken am Boden liegend vor. Auch der Aufforderung der Beamten, die Wohnung zu verlassen, kam er nicht nach. Da er als rabiat bekannt ist und wegen seiner Trunkenheit zu weiteren Ausschreitungen neigte, wurde er ins Polizeigefängnis eingeliefert.

Werbefest der Volksfürsorge

Der Reinertrag fließt der Arbeiterwohlfahrt zu

Heute abend veranstaltet die hiesige Rechnungsstelle der Volksfürsorge ein Werbefest im Vertikalhaus. Das Programm bietet außer musikalischen Darbietungen, Gesang und Tanzmusik der Freien Turnerschaft Schöblich. Anschließend Tanz. Der Reinertrag fließt der Arbeiterwohlfahrt zu.

Platzmusik in Neufährwasser. Die Kapelle der Schutzpolizei spielt am Sonntag, dem 17. April, von 12 Uhr an auf dem Marktplatz.

Wasserstandsnotizen der Stromweiche

vom 16. April 1932

	15. 4.	16. 4.	15. 4.	16. 4.	
Kraak	15.4	16.4	15.4	16.4	
Zwischschiff	1.93	-1.82	1.76	+1.95	
Parichau	2.70	+2.81	2.02	-0.30	
Weglow	+2.70	+2.69	+3.05	+3.20	
Block	+3.32	3.18	+2.65	+2.57	
	gestern	heute	gestern	heute	
Thorn	+4.60	+4.37	Mor. uerwige	+5.22	4.59
Jordon	+4.42	4.27	Bedel	+5.40	5.12
Seim	+4.58	4.40	Dirschau	+5.24	4.89
Grampenz	+4.82	4.60	Einlage	+3.23	+3.30
Kurzebrad	+5.27	5.04	Schiemenhorst	+3.02	+3.08

Verantwortlich für die Redaktion: Fritz Weber für Inserate Anton Pöcker, beide in Danzig. Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt m. B. O. Danzig, Am Eisenbau 8.

